

Die Industrieländer erhalten nun die Rechnung

Zur Begrenzung des Klimawandels kommen auf die Verursacher Kosten von 200 Milliarden Dollar pro Jahr zu

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Die Industrieländer sind weitgehend für den Klimawandel verantwortlich. Die Schweiz dürfte dies rund zwei Milliarden Franken pro Jahr kosten.

Durch das CO₂, das die Industrieländer seit Beginn der industriellen Revolution in die Atmosphäre entsorgt haben, erwärmt sich das Klima. Dadurch entstehen anderen Staaten Schäden (siehe Tabelle), manche wie die Malediven sind sogar in ihrer Existenz bedroht. Diese Länder verlangen nun, dass die Verursacher der Schäden für die Kosten aufkommen.

Doch dies ist nur der eine Teil der Zahlungsverpflichtungen, die auf die reichen Länder zukommen. Der andere Teil ist die Unterstützung, welche die Entwicklungsländer benötigen, um ihre Volkswirtschaften möglichst CO₂-frei auszubauen. Hier geht es nicht nur um finanzielle, sondern auch um technologische Unterstützung. Die Industrieländer sind nicht zuletzt dank billiger Energie aus Kohle und Öl reich geworden. Diese Möglichkeit haben die Entwicklungsländer nicht mehr.

Die Entwicklungsländer fordern 0,5 bis ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Industrieländer, also 200 bis 400 Milliarden Dollar pro Jahr. Von den Industrieländern

hat bislang einzig die EU einen Vorschlag vorgelegt. Brüssel geht von Gesamtkosten von 150 Milliarden Dollar aus. Die Weltbank schätzt die Kosten für die Schäden durch den Klimawandel auf 75 bis 100 Milliarden Dollar; die Internationale Energie-Agentur (IEA) veranschlagt die Kosten für den klimafreundlichen Umbau der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern auf 110 Milliarden Dollar. Auf die Industriestaaten kommen also Kosten von rund 200 Milliarden Dollar pro Jahr zu – für Weltbank und IEA ab sofort, für die EU ab 2020.

CO₂-ABGABE. Umstritten ist, woher das Geld kommen soll. Die Schweiz schlägt vor, eine internationale CO₂-Abgabe zu erheben, die von allen ausser



weltklimagipfel
Kopenhagen
7. bis 18. Dezember 2009

den ärmsten Ländern bezahlt werden muss. Die Alternative ist der Verkauf oder die Versteigerung von Verschmutzungsrechten. Dadurch könnten allein in der EU 50 Milliarden

Dollar generiert werden. Und schliesslich besteht die Möglichkeit, den internationalen Flug- und Schiffsverkehr zu besteuern. Denkbar ist, dass in verschiedenen Ländern unterschiedliche Massnahmen zum Einsatz kommen.

70 RAPPEN PRO TAG. Auch die Schweiz wird als eines der reichsten Länder der Welt einen Beitrag leisten müssen, anteilmässig etwa zwei Milliarden Franken jährlich. Pro Kopf macht das rund 260 Franken pro Jahr oder 70 Rappen pro Tag. Wenn es dadurch gelingt, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, lohnt sich das für die Schweiz.

Neben dem «Wie viel?» und «Woher?» stellt sich die Frage, wer das Geld verteilt. Die Industrieländer setzen hier auf bestehende Institutionen wie die Weltbank und die Organisation Global Environment Facility (GEF). Die Entwicklungsländer hingegen misstrauen insbesondere der Weltbank und wollen einen separaten Fonds unter der Aufsicht der UNO-Rahmenkonvention über den Klimawandel (UNFCCC). Mittlerweile zeichnet sich aber bereits ein Kompromiss ab: Gemäss einem amerikanischen Vorschlag verwaltet die Weltbank das Geld, aber die UNFCCC entscheidet, wie es ausgegeben wird.



Dürre. Menschen leiden unter dem Klimawandel. Foto Key

KOSTEN FÜR ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL

Sektor	Mrd. Dollar	Prozent
Infrastruktur	29,5	32,9
Küstenschutz	30,1	33,6
Wasserversorgung, Schutz vor Fluten	13,7	15,3
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	7,6	8,5
Gesundheit	2,0	2,2
Unwetter	6,7	7,5
Total	89,6	100

Quelle: Weltbank

Wenig Hoffnung für Kopenhagen

Stillstand bei Klimaberatungen

BARCELONA. Für ein rechtlich verbindliches Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll beim Weltklimagipfel in Kopenhagen gibt es kaum noch Chancen. Zum Abschluss der Vorbereitungskonferenz in Barcelona bemüht sich die Delegierten am Freitag nur noch um eine politische Vereinbarung zu künftigen Emissionszielen. Verbindliche Entscheidungen würden dann erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen. Der UNO-Klimaschutzbeauftragte Ivo de Boer erklärte, jede Vereinbarung in Kopenhagen werde «moralisch verpflichtend» sein. Entscheidend sei, dass Beschlüsse schnell umgesetzt würden, um Treibhausgasemissionen zu senken und den Entwicklungsländern beim Klimaschutz zu helfen. De Boer räumte ein, dass in beiden Schlüsselbereichen bislang kaum Fortschritte erzielt worden seien.

Mehrere Industrieländer, darunter vor allem die USA, hatten zuvor durchblicken lassen, dass es ihrer Ansicht nach noch zu früh sei für die Unterzeichnung eines rechtskräftigen Vertrags. Sie wollten sich vorerst noch nicht auf eindeutige Ziele zur Reduzierung ihrer Treibhausgase festlegen. Eine Gruppe von 43 Inselstaaten, welche die Folgen des Klimawandels am meisten fürchten, übte daran scharfe Kritik. Vonseiten der afrikanischen Staaten verlaute indes, man werde einem verwässerten Abkommen nicht zustimmen und den Kopenhagener Gipfel vom 7. bis 18. Dezember lieber scheitern lassen. AP

UNO will Untersuchung zum Gazakrieg

Vollversammlung steht hinter Goldstone-Bericht

PIERRE SIMONITSCH, Genf

Mit 114 zu 18 Stimmen hat sich die Vollversammlung der UNO hinter den Bericht des Juristen Richard Goldstone gestellt, der eine Untersuchung des Gazakriegs 2008/2009 fordert.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen fordert Israel und die Palästinenser auf, den Vorwürfen nachzugehen, wonach beide Seiten bei der jüngsten israelischen Offensive im Gazastreifen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Die am Donnerstagabend New Yorker Ortszeit mit grosser Mehrheit angenommene Resolution verlangt eine «glaubhafte» Untersuchung und die Bestrafung der überführten Schuldigen. 114 Staaten stimmten für den Text, den die Bewegung der Blockfreien und die Organisation der Islamischen Konferenz eingebracht hatten. 18 lehnten den Resolutionsentwurf ab und 44 enthielten sich der Stimme.

Die Resolution gibt der israelischen Regierung und der Hamas-Führung eine Frist von drei Monaten, um die Vorgänge vom Dezember 2008 und Januar 2009 durch unabhängige Untersuchungen aufzuklären. Wenn dies nicht geschieht, soll UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon den Weltsicherheitsrat anrufen. Dieser kann den Fall an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag weiterleiten.

Grundlage der Resolution ist der vom UNO-Menschenrechtsrat in Genf in Auftrag gegebene Bericht einer Wahrheitsfindungskommission unter Leitung des südafrikanischen Juristen Richard Goldstone. Darin werden Israels Truppen beschuldigt, Zivilisten und zivile Anlagen willkürlich mit weissem Phosphor und neuartigen Splittergranaten angegriffen zu haben. Der Hamas wirft der Bericht den blinden Raketenbeschuss israelischer Ortschaften vor.

Der Goldstone-Bericht hat die westliche Gruppe und insbesondere die EU gespalten. Irland, Portugal, Slowenien und die Schweiz stimmten für die Resolution der Generalversammlung. Deutschland stimmte mit den USA, Israel, Italien, den Niederlanden und einigen anderen EU-Mitgliedern dagegen. Der Schweizer Botschafter Peter Maurer begründete seine Zustimmung damit, dass der Kampf gegen die Straflosigkeit von Kriegsverbrechen eine wesentliche Voraussetzung für einen haltbaren Frieden sei.

US-PARLAMENT DAGEGEN. Der Goldstone-Bericht wird aber kaum die Hürde des Sicherheitsrats nehmen, weil die USA die Weitergabe des Dossiers an das Weltstrafgericht wahrscheinlich mit ihrem Veto blockieren. Das Repräsentantenhaus der USA hat am Dienstag Präsident Obama mit 344 gegen 36 Stimmen aufgefordert, den Bericht «zurückzuweisen und zu bekämpfen». Die 575 Seiten hat wohl kaum einer der Abgeordneten gelesen, aber die pro-israelische Lobby rotiert auf Hochtour, um den früheren Chefankläger der Kriegsverbrechertribunale für Ex-Jugoslawien und Ruanda zu diskreditieren. Goldstone, der aus einer zionistischen Familie stammt und auf einer israelischen Universität lehrt, wird von jüdischen Organisationen häufig als Verräter und «Selbsthasser» hingestellt.

Die von der UNO-Generalversammlung verabschiedete Resolution enthält einen weiteren Stachel gegen Israel. Sie fordert die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen von 1949 auf, «so bald wie möglich» eine Konferenz aller 191 Unterzeichnerstaaten einzuberufen. Thema: Die Verstösse gegen die Vierte Konvention zum Schutz der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten im Nahen Osten.

ANZEIGE

VIP PASS

Nespresso. What else?

NESPRESSO
Die Seele des Kaffees

www.nespresso-whatelse.com